

Sicherheit im ländlichen Raum

Stefan Harrendorf

Frieder Dünkel

Bernd Geng

18.11.2021 / 13 Minuten zu lesen

Im ländlichen Raum lebt man sicher, in der Stadt ist es gefährlich? Daten der Sicherheitsbehörden zeigen, dass es so eindeutig nicht ist. Und es gibt auffällige Unterschiede zwischen verschiedenen ländlichen Räumen – das verdeutlichen zwei Fallstudien aus Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern.



Ländliche Siedlungsräume werden im Vergleich zu Städten eher als idyllisch, sicher, geordnet und sozialintegrativ eingeschätzt. (© picture-alliance/dpa)

[Link:]

Verzerrte Wahrnehmungen: Die "böse Großstadt" und "ländliche Idyllen"

Zu den gesicherten kriminologischen Erkenntnissen gehört, dass in Deutschland – ähnlich wie in anderen Ländern – das Risiko,

Opfer einer Straftat zu werden, in der Großstadt in etwa dreimal so hoch ist wie auf dem Land oder in kleineren Städten mit weniger als 20.000 Einwohner:innen. Es dominiert das kulturelle Deutungsmuster, dass die Großstadt ein per se gefährlicher Raum ist. Demgegenüber werden ländliche und kleinstädtische Siedlungsräume eher als idyllisch, sicher, geordnet und sozialintegrativ [Link: <https://www.bpb.de/themen/innere-sicherheit/dossier-innere-sicherheit/207263/sicherheit-im-laendlichen-raum/>] eingeschätzt.[1]

Schaut man in die Polizeiliche Kriminalstatistik, erscheint dieses Bild zunächst zutreffend (vgl. Abb. 1).

■ Bevölkerungs- und Straftatenanteile nach Gemeindegrößenklassen



Quelle: BKA: Polizeiliche Kriminalstatistik 2020.

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/4.0/de

Bundeszentrale für politische Bildung, 2021, www.bpb.de



Abbildung 1: Bevölkerungs- und Straftatenanteile nach Gemeindegrößenklassen (Grafik zum Download [Link: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/1_Bevo%CC%88kerungs-%20und%20Straftatenanteile%20nach%20Gemeindegro%CC%88C3%9Fenklassen%202019.pdf]) (bpb) Lizenz: [cc by-nc-nd/4.0/deed.de](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de) [Link: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>]

Eine solche Idealisierung des ländlichen und kleinstädtischen Lebens verliert allerdings das soziale, ökonomische, politische und polizeilich-justizielle Alltagshandeln der jeweiligen Akteurinnen und Akteure leicht aus dem Blick.[2] Insbesondere für stark von Peripherisierung betroffene ländliche Räume liegen für Deutschland nur wenige Erkenntnisse zu Sicherheitsgefährdungen und

-gefühlen vor (vgl. Dünkel et al. 2019). Besonderheiten ergeben sich z.B. durch Wechselwirkungen mit Aspekten der Daseinsvorsorge. Dies trifft nicht nur für klassische Kriminalität zu, sondern insbesondere auch für rechtsextremistisch motivierte Taten.

Dieser Inhalt muss geladen sein, um ihn drucken zu können. Zum Laden scrollen Sie auf der Website zu dem Inhalt und drucken Sie erneut.

Abbildung 2: Opfer-Prävalenzraten bei Gewaltdelikten in Niedersachsen 2014 nach ländlichem und städtischem Siedlungstyp (Grafik zum Download [[Link: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/2_Opfer-Pr%C3%A4valenzraten%20bei%20Gewaltdelikten%20in%20Niedersachsen%202014%20nach%20%C3%A4ndlichem%20und%20st%C3%A4dtischem%20Siedlungstyp.pdf](https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/2_Opfer-Pr%C3%A4valenzraten%20bei%20Gewaltdelikten%20in%20Niedersachsen%202014%20nach%20%C3%A4ndlichem%20und%20st%C3%A4dtischem%20Siedlungstyp.pdf)]) (bpb) Lizenz: [cc by-nc-nd/4.0/deed.de](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de) [[Link: https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de)]

Auch wenn kleinräumlich angelegte Kriminalitätsanalysen in (peripheren) ländlichen Räumen bislang nur in Ansätzen vorliegen, relativieren neuere Hellfeld- und Dunkelfeldstudien in Teilen die großen Unterschiede im Stadt-Land-Kriminalitätsgefälle. Beispielsweise ergaben sich in einer Dunkelfeldstudie, die 2014 in Niedersachsen durchgeführt wurde, bei Körperverletzungen teilweise höhere Opferprävalenzraten – d.h. Opfer pro 100.000 der Wohnbevölkerung – als in den ländlichen Regionen.^[3]

Auch im Bereich der Hellfelddaten – also der registrierten Kriminalität – finden sich Hinweise auf eine Überschätzung der urbanen und Unterschätzung der ruralen Kriminalitätshäufigkeit. Hierbei spielt insbesondere die Mobilität der Tatverdächtigen eine bedeutsame Rolle. So fand eine kriminologische Regionalanalyse in Baden-Württemberg heraus, dass die Zentrumsfunktion von Städten für einen "Importüberschuss" von Tatverdächtigen und eine erheblich höhere Fallbelastung sorgt.^[4]

In Städten gibt es also deutlich höhere Fallzahlen von Straftaten, doch diese werden auch von Bewohner:innen ländlicher Räume begangen. Hinsichtlich der "kriminellen Neigung" der Bevölkerung kommt es daher häufig zu Fehleinschätzungen von Unterschieden zwischen Stadt und Land. Zutreffend ist hingegen, dass die Arbeitsbelastung der Polizei in der Stadt aufgrund dieses "Kriminalitätsimports" höher liegt. Ferner konnte die Studie aufzeigen, dass es insbesondere Gelegenheitsstrukturen sind, die die Mobilität von Tatverdächtigen in hohem Maß beeinflussen, während vor allem die sozialen Benachteiligungen die Anzahl von Tatverdächtigen einer Wohnbevölkerung erklären können.

[Link:]

Fallstudien Landkreis Vorpommern-Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern und Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald in Baden-Württemberg

Exemplarisch wird im Folgenden die Situation in zwei deutschen Landkreisen, dem Landkreis Breisgau Hochschwarzwald in Baden-Württemberg und dem Landkreis Vorpommern-Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern, etwas näher betrachtet. Beide Landkreise unterscheiden sich grundlegend hinsichtlich ihrer regionalgeografischen Lage sowie ihrer sozialen und ökonomischen Verhältnisse, sie besitzen aber in drei für unsere Betrachtung besonders relevanten Merkmalen eine vergleichsweise große Übereinstimmung. So handelt es sich um überwiegend ländlich geprägte Landkreise. Beide Landkreise besitzen zudem eine territoriale Grenze mit benachbarten Staaten (Frankreich/Schweiz bzw. Polen) und sie sind stark vom Tourismus geprägt.

Im Unterschied zum Landkreis Vorpommern-Greifswald (Lk VG), der in beachtlichen Teilen einem starkem Peripherisierungs- und Abwanderungsdruck ausgesetzt ist und erhebliche strukturelle Probleme aufweist (so etwa hohe Arbeitslosigkeitsquote, wirtschaftliche Schwäche), sind die ländlichen Regionen im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald (Lk BH) davon weit weniger betroffen. Nach dem "Teilhabeatlas 2019" ^[5] gehört der Lk BH zu den "erfolgreichen ländlichen Regionen" (Cluster 4), die sich vor allem im ökonomisch starken Süden der Republik und nördlich davon vereinzelt in den Speckgürteln größerer Städte finden. Der Landkreis wird durch die Universitätsstadt Freiburg, die er nahezu völlig umschließt, stark beeinflusst.

Demgegenüber gehört der Lk VG zu den "abgehängten Regionen" (Cluster 6), die überwiegend in den ostdeutschen

Bundesländern sowie vereinzelt in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und im Saarland liegen. Im Vergleich mit anderen Regionen weist dieses Cluster in nahezu allen Indikatoren die schlechtesten Durchschnittswerte auf. Nur in den vom Strukturwandel besonders stark betroffenen Großstädten (Cluster 3: z.B. Gelsenkirchen, Offenbach am Main, Bremerhaven, aber auch Berlin) finden sich bei den SGB-II-Quoten und der Lebenserwartung noch schlechtere Werte.

[Link:]

Befunde zum Hellfeld der "klassischen" Kriminalität in den Vergleichsregionen

Nach der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2020 des Bundeskriminalamts wurden im Lk VG im Jahr 2019 insgesamt 15.239 Straftaten registriert, im Lk BH waren es 12.052. Hinsichtlich der regionalen Verteilung der Kriminalitätsbelastung auf der Gemeindeebene ergeben sich einige Unterschiede, aber auch strukturelle Ähnlichkeiten (vgl. Tab. 1, 2).

Tabelle 1: Kriminalitätsbelastung insgesamt im Landkreis Vorpommern-Greifswald nach amtsfreien Gemeinden und Amtsbezirken 2019

Kennung / Amt	Einwohner (n) 2019	Fälle (n) 2019	HZ 2019	AQ (%) 2019
Heringsdorf, Stadt	8.547	1.163	13.607	37,3
Pasewalk, Stadt	10.213	961	9.410	61,4
Anklam, Stadt	12.385	1.094	8.833	67,9
Am Peenestrom, Amt	15.543	1.234	7.939	67,1
Usedom-Süd, Amt	11.557	882	7.632	47,8
Löcknitz-Penkun, Amt	10.391	752	7.237	77,1
Greifswald, Stadt	59.382	4.226	7.117	50,5
Usedom-Nord, Amt	9.325	616	6.606	44,8
Strasburg (Uckermark), Stadt	4.721	300	6.355	59,3
Torgelow-Ferdinandshof, Amt	14.116	793	5.618	62,5
Ueckermünde, Stadt	8.591	477	5.552	62,7
Jarmen-Tutow, Amt	6.651	367	5.518	70,3
Züssow, Amt	11.481	593	5.165	71,5
Anklam-Land, Amt	9.639	387	4.015	73,6
Uecker-Randow-Tal, Amt	7.059	275	3.896	51,6
Am Stettiner Haff, Amt	10.369	333	3.211	54,1
Peenetal/Loitz, Amt	5.982	180	3.009	70,0
Landhagen, Amt	10.364	296	2.856	63,5
Lubmin, Amt	10.381	282	2.717	52,8

Tabellenbeschreibung

Zum Vergleich (2019):

Mecklenburg-Vorpommern insg.: HZ = 6.916, AQ = 62,8%

Lk Vorpommern-Greifswald insg.: HZ = 6.438, AQ = 57,4%

Hansestadt Rostock insg.: HZ = 9.516, AQ = 60,5%

Quelle: BKA: Polizeiliche Kriminalstatistik 2019; HZ = Anzahl Fälle pro 100.000 Einwohner:innen; AQ = Aufklärungsquote.

Tabelle 2: Kriminalitätsbelastung im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald nach Gemeinden 2019

Kennung / Gemeinde	Einwohner (n) 2019	Fälle (n) 2019	HZ 2019	AQ (%) 2019
Schallstadt	6.286	625	9.943	36,3
Feldberg (Schwarzwald)	1.897	146	7.696	42,5
Müllheim	19.127	1.470	7.685	57,2
Neuenburg am Rhein	12.437	878	7.060	65,6
Titisee-Neustadt	12.269	830	6.765	67,1
Hinterzarten	2.583	163	6.310	55,2
Breisach am Rhein	15.606	884	5.664	62,0
Schluchsee	2.518	141	5.600	51,8
Hartheim am Rhein	4.727	263	5.564	36,9
Umkirch	5.793	300	5.179	56,0
Löffingen	7.676	390	5.081	55,4
Auggen	2.815	142	5.044	55,6
Bad Krozingen	19.644	973	4.953	53,6
Heitersheim	6.257	287	4.587	46,3
Breitnau	1.746	79	4.525	64,6
Staufen im Breisgau	8.209	362	4.410	50,0
Gundelfingen	11.674	513	4.394	55,9
Kirchzarten	9.740	410	4.209	49,0
Lenzkirch	5.048	203	4.021	70,9
Ehrenkirchen	7.379	284	3.849	53,2
Gottenheim	2.884	106	3.675	50,9
Eschbach	2.472	90	3.641	44,4
Badenweiler	4.442	158	3.557	58,9
Sölden	1.274	45	3.532	71,1
Pfaffenweiler	2.613	91	3.483	57,1

Kennung / Gemeinde	Einwohner (n) 2019	Fälle (n) 2019	HZ 2019	AQ (%) 2019
Ihringen	6.088	212	3.482	62,7
Münstertal/Schwarzwald	5.110	160	3.131	61,3
Bötzingen	5.320	156	2.932	55,8
Oberried	2.873	84	2.924	61,9
March	9.314	69	2.888	53,9
Horben	1.178	34	2.886	47,1
Buggingen	4.338	122	2.812	56,6
Stegen	4.469	118	2.640	54,2
St. Märgen	1.861	48	2.579	62,5
Ebringen	2.879	73	2.536	54,8
Friedenweiler	1.994	50	2.508	62,0
Merzhausen	5.280	131	2.481	60,3
Vogtsburg im Kaiserstuhl	6.031	148	2.454	50,7
Eichstetten am Kaiserstuhl	3.648	88	2.412	51,1
Merdingen	2.583	62	2.400	59,7
Eisenbach (Hochschwarzwald)	2.147	50	2.329	72,0
Glottertal	3.233	75	2.320	60,0
Ballrechten-Dottingen	2.407	55	2.285	72,7
Sulzburg	2.771	63	2.274	55,6
Buchenbach	3.118	68	2.181	60,3
Bollschweil	2.307	49	2.124	40,8
Wittnau	1.528	29	1.898	31,0
St. Peter	2.625	40	1.524	62,5
Heuweiler	1.106	16	1.447	56,3

Tabellenbeschreibung

Zum Vergleich (2019):

Baden-Württemberg insg.: HZ = 5.184, AQ = 60,8%

Lk Breisgau-Hochschwarzwald insg.: HZ = 4.586, AQ = 55,9%

Freiburg im Breisgau insg.: HZ = 10.053, AQ = 63,3%

Quelle: BKA: Polizeiliche Kriminalstatistik 2019; HZ = Anzahl Fälle pro 100.000 Einwohner:innen; AQ = Aufklärungsquote.

In beiden Landkreisen ist die Kriminalitätsbelastung im Hellfeld – auch nach Einschätzung der regional zuständigen Polizeiführungen – vergleichsweise hoch; dies gilt insbesondere für den sehr ländlichen Lk VG. Die Anzahl der Fälle pro 100.000 Einwohner:innen (HZ) betrug 2019 im Lk BH 4.586, im Lk VG 6.438 (40 Prozent mehr).^[6]

Im Lk VG sind zunächst die touristischen Gebiete auf der Insel Usedom betroffen. Hier kommt es in verschiedenen Ausprägungen insbesondere zu Häufungen von Diebstählen. Die Kriminalitätsbelastung liegt nahezu doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt und deutlich über derjenigen in den beiden Großstädten Rostock und Schwerin. Bedeutsam dafür sind neben der Grenzlage vor allem die attraktiven Kriminalitätsziele und Gelegenheitsstrukturen in den touristischen Regionen sowie die enormen Zuströme von Urlauber:innen. So wurden 2019 auf Usedom insgesamt rund 1,224 Mio. Gästeankünfte und rund 6,209 Mio. Übernachtungen gezählt.[7] Vergleichbar stellt sich die Situation in den touristischen Hochburgen des Schwarzwaldes dar. Der Lk BH zählte 2019 1,455 Mio. Ankünfte und rund 4,981 Mio. Übernachtungen.[8] Tourismusregionen sorgen – ähnlich wie bei größeren Städten – für einen "Importüberschuss" von Täter:innen und für erheblich höhere Fallzahlen.

Aber auch die peripher gelegenen ländlichen Räume des Lk VG sind vergleichsweise stark mit Kriminalität belastet. Insbesondere trifft dies für das Gebiet der amtsfreien Gemeinden Pasewalk, Strasburg (Uckermark) und Anklam sowie den Amtsbereich Löcknitz-Penkun an der polnischen Grenze zu. Nach Beurteilung der örtlichen Polizeiinspektion in Anklam begünstigt der große Raum Tatgelegenheitsstrukturen. Es gebe wenig Bevölkerung in der Fläche und wenig informelle Sozialkontrolle.

Betrachtet man die polizeilich registrierten Einzeldelikte in den beiden Untersuchungsgebieten, so zeigen sich grundsätzlich vergleichbare Verhältnisse wie in der gesamtdeutschen Kriminalstatistik (vgl. Abb. 3). Bei den (dominierenden) Eigentums- und Vermögensdelikten zeigen sich insbesondere im Lk VG teilweise recht hohe Belastungen, die über dem Bundeslandmittel liegen und teilweise sehr dicht an die Kriminalitätsbelastung der Stadt Rostock heranreichen. Bei den Umweltdelikten (z.B. unerlaubter Umgang mit Abfällen, § 326 StGB, oder Jagdwilderei, 292 StGB) und beim Wohnungseinbruchdiebstahl ist die Belastung sogar höher als in Rostock.

Berücksichtigt man die Grenz- und Tourismuseffekte, die in beiden untersuchten Landkreisen ähnlich stark ausfallen dürften, lässt sich der verbleibende Unterschied der (bis auf Betrug) durchgängig höheren Belastung im Lk VG gegenüber dem Lk BH möglicherweise durch die besonderen sozioökonomischen Belastungen der Bevölkerung sowie (auf der Basis einer für den ländlichen Raum angepassten "Broken-Windows-Theorie")^[9] den vielerorts von Verfall und Rückzug geprägten, sehr peripheren ländlichen Siedlungsraum erklären.^[10]

Dieser Inhalt muss geladen sein, um ihn drucken zu können. Zum Laden scrollen Sie auf der Website zu dem Inhalt und drucken Sie erneut.

Abbildung 3: Häufigkeitszahl (HZ) bei ausgewählten Deliktsarten im Lk Breisgau-Hochschwarzwald und im Lk Vorpommern-Greifswald im Vergleich mit dem Bundes- und jeweiligen Bundeslanddurchschnitt sowie den Großstädten Freiburg und Rostock (PKS 2020) (Grafik zum Download [Link: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/3_%20H%C3%A4ufigkeit_Delikte-1.pdf]) (bpb) Lizenz: [cc by-nc-nd/4.0/deed.de](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de) [Link: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>]

Schwere Gewalt- und Sexualstraftaten sind in Deutschland eher seltene Ereignisse (Abb. 4). Von größerer Relevanz sind hingegen die einfachen Körperverletzungen (die in der Polizeilichen Kriminalstatistik – anders als die gefährliche und schwere Körperverletzung – nicht zur "Gewaltkriminalität" hinzugezählt werden). Auch im Lk VG und im Lk BH spielt die Gewaltkriminalität im Vergleich zu den gewaltlosen Eigentums- und Vermögensdelikten zahlenmäßig eine deutlich geringere Rolle. Allerdings zeigen sich teilweise, insbesondere bei der Brandstiftung, aber auch bei den Sexualstraftaten und den Körperverletzungsdelikten, nur noch geringe Unterschiede zwischen den Städten und Landkreisen.

Dieser Inhalt muss geladen sein, um ihn drucken zu können. Zum Laden scrollen Sie auf der Website zu dem Inhalt und drucken Sie erneut.

Abbildung 4: Häufigkeitszahl (HZ) im Lk Breisgau-Hochschwarzwald (BH), Lk Vorpommern- Greifswald (VG), Bundes- und Bundeslanddurchschnitt (BRD, Ba-Wü, M-V) sowie in den Großstädten Freiburg und Rostock. (Grafik zum Download [Link: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/4_%20H%C3%A4ufigkeitszahl_Delikte_Vergleich.pdf]) (bpb) Lizenz: [cc by-nc-nd/4.0/deed.de](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de) [Link: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>]

[Link:]

Die Tatort-Wohnsitz-Beziehung

Betrachtet man die Tatort-Wohnsitz-Beziehung im Lk VG im Vergleich zum Lk BH, fällt auf, dass jeweils ein Großteil der Tatverdächtigen in der Tatortgemeinde (55,7 gegenüber 49,6 Prozent) oder im zugehörigen Landkreis (19,3 gegenüber 18,1 Prozent) wohnt. Der Anteil "mobiler" Tatverdächtiger beläuft sich auf ein Viertel im Lk VG und ein Drittel im Lk BH – wobei für den Lk VG vor allem der recht hohe Anteil an Tatverdächtigen aus dem sonstigen Bundesgebiet auffällt (15,6 Prozent), was möglicherweise auf eine entsprechende Delinquenz von Urlauber:innen hindeutet.

Demgegenüber wohnen im Lk BH verhältnismäßig viele Tatverdächtige im Ausland (10,3 Prozent).^[11] Dabei ist ergänzend zu beachten, dass grenzüberschreitende Kriminalität nach polizeilicher Einschätzung erfahrungsgemäß schwieriger und damit seltener aufzuklären ist. Die Fälle liegen auch häufiger im "Dunkelfeld", tauchen also nicht in den Statistiken auf.

Der Lk BH ist gekennzeichnet von Landpolizeirevieren mit großen räumlichen Revierbereichen bei niedrigen Personalzahlen. Auch im Lk VG sind die personellen Ressourcen der Polizei gering, sodass es schwierig ist, überall hinreichend präsent zu sein. Zwar hat die Regierung in Mecklenburg-Vorpommern mit dem "Pakt für Sicherheit" 2018 einen Personalaufbau beschlossen. Die Wirkung wird sich allerdings aufgrund der notwendigen Ausbildungs- und Studienzeiten der Dienstanfänger:innen erst in einiger Zeit entfalten.

[Link:]

Befunde zum Dunkelfeld der "klassischen" Kriminalität

Nur ein Teil aller Begebenheiten, die Personen wahrnehmen und als "kriminell" bewerten, wird offiziell bekannt (Hellfeld); der größte Teil verbleibt im Dunkelfeld. Kriminalitätsdaten im Hellfeld lassen sich eher als Arbeitsnachweis der Polizei und Ausdruck ihrer Arbeitsqualität verstehen ^[12], nicht als exakte Spiegelung der "Kriminalitätswirklichkeit". Denn der Übergang vom Dunkelfeld ins Hellfeld erfordert eine (Vertrauen in die Polizei voraussetzende) Anzeige oder Kontrollen der Polizei.

In der Zusammenschau zeigen verschiedene Befunde aus entsprechenden Untersuchungen, dass sich bei Berücksichtigung des Dunkelfeldes die Stadt-Land-Unterschiede in der Kriminalitätsbelastung abschwächen (siehe auch Abb. 2, oben).^[13]

Eine andere, direkt auf den Lk BH bezogene Studie zeigt, dass Jugendliche in den ländlichen Gegenden im Umland Freiburgs weniger Delikte anzeigen und häufiger mit dem Täter bzw. der Täterin eine informelle Einigung erzielen als Jugendliche in Freiburg oder auch in Köln.^[14] Die statistischen Analysen der Studie weisen darauf hin, dass dies unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass sich Täter:in und Opfer im ländlichen Raum öfter kennen und zudem seltener unterschiedlichen ethnischen Gruppen angehören (in ethnienübergreifenden Konflikten ist die Anzeigebereitschaft grundsätzlich höher). Auch scheint die informelle Konfliktregelung im ländlichen Raum eher sozial üblich zu sein.^[15]

In Dunkelfeldstudien bei Jugendlichen in der Stadt Greifswald und auf der Insel Usedom zeigten sich im Vergleich mit anderen größeren Städten und westdeutschen Regionen nur geringe Unterschiede in der Häufigkeit verschiedener Delikte – und zwar nicht nur für Eigentums- und Vermögensdelikte, sondern auch für Gewaltdelikte. Dabei lagen die Gewaltdelinquenzraten nicht nur der (städtischen) Greifswalder, sondern auch der (ländlichen) Usedomer Jugendlichen auf vergleichbarem Niveau mit Jugendlichen aus westdeutschen Großstädten wie München, Dortmund und Stuttgart.^[16]

Nach allen verfügbaren Ergebnissen kann in ländlichen Räumen davon ausgegangen werden, dass die im Hellfeld registrierte Kriminalität für bestimmte Deliktsbereiche, nämlich minderschwere Delikte und solche, die mit einer in ländlichen Räumen häufigeren vorherigen Bekanntschaft zwischen Täter:in und Opfer einhergehen, unterschätzt wird.

[Link:]

Befunde zu politisch motivierter Kriminalität (PMK)

Es lassen sich sehr starke Indizien dafür finden, dass ein erhöhtes Vorkommen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in der Bevölkerung eng mit Peripherisierungsprozessen, ihren sozioökonomischen Folgen und sozialpsychologischen Auswirkungen verknüpft ist.[17] Während der Linksextremismus [Link: <https://www.bpb.de/themen/linksextremismus/dossier-linksextremismus/>] vorrangig ein Phänomen der Städte ist, ist Rechtspopulismus [Link: <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/>] und -extremismus [Link: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/>] vor allem im (peripheren) ländlichen Raum anzutreffen.

Mecklenburg-Vorpommern gehört seit der Deutschen Einheit zu den ökonomisch strukturschwächsten Bundesländern und gleichzeitig zu den rechtsextremen Hochburgen in Deutschland. Es überrascht kaum, wenn die beschriebenen Verhältnisse in den ländlichen Räumen einen Resonanzboden für rechtspopulistische bis rechtsextreme Gruppierungen und Parteien (früher insbesondere die NPD, nun vor allem die AfD) bilden und von diesen für ihre Absichten und Agitation genutzt werden. Hierbei zeigen sich beachtliche Unterschiede im Vergleich mit einem wirtschaftlich starken und prosperierenden Bundesland wie Baden-Württemberg.

Dieser Inhalt muss geladen sein, um ihn drucken zu können. Zum Laden scrollen Sie auf der Website zu dem Inhalt und drucken Sie erneut.

Abbildung 5: Rechtsextremistisches Personenpotenzial und Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund im Vergleich der Bundesländer Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern und mit Deutschland insgesamt, 2019 (Grafik zum Download [Link: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf

/5_Rechtsextremistisches%20Personenpotential%20und%20Straftaten%20mit%20rechtsextremistischem%20Hintergrund%20im%20Vergleich%20der%20Bundesl%C3%A4nder.pdf]) (bpb) Lizenz: cc by-nc-nd/4.0/deed.de [Link: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>]

Nach der aktuellen Lageeinschätzung des Innenministeriums von Mecklenburg-Vorpommern ist der Rechtsextremismus weiterhin die größte Gefahr für die demokratische Entwicklung im Bundesland. Im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 erfolgte eine erheblich höhere Mobilisierung und Radikalisierung der rechtsextremistischen Szene (Abb. 5). Dies zeigt sich in einem Anwachsen des rechtsextremistischen Personenpotenzials von ca. 1.400 im Jahr 2014 auf 1.670 im Jahr 2019 und an der Zahl der gewaltorientierten Szeneangehörigen von 650 (2014) auf 700 im Jahr 2019.[18]

2019 registrierte das Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern im Bereich der politisch motivierten Kriminalität im Phänomenbereich "Rechts" 970 Straftaten (2014: 689; 2015: 952). Die Propagandadelikte (Verbreiten von Propagandamitteln und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, §§ 86, 86a StGB) bildeten dabei mit 687 Vorfällen (2014: 520; 2015: 565) einen Schwerpunkt. Nach dem Höhepunkt im Jahr 2015 mit 93 Gewalttaten wurden 2019 49 Gewalttaten mit rechtsextremistischer Motivation registriert (2014: 35).

In Baden-Württemberg zeigen sich ähnliche Entwicklungen in den Fallzahlen. So stieg die Gesamtzahl der Rechtsextremist:innen 2019 nach Angaben des Verfassungsschutzes Baden-Württemberg auf ca. 1.900 (2014: ca. 1.800). Auch die Zahl der gewaltorientierten Rechtsextremist:innen stieg von 570 in 2014 auf 810 im Jahr 2015 und bewegte sich anschließend auf relativ stabilem Niveau. 2019 betrug sie ca. 790. Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten stieg landesweit auf 1.549 (2015: 1.484; 2014: 865), die der darin enthaltenen rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten fiel gegenüber 2015 (71) auf 39; 2014 lag sie niedriger bei 23.[19]

Setzt man diese Fallzahlen ins Verhältnis zu den Bevölkerungszahlen, dann fallen diese in Mecklenburg-Vorpommern deutlich höher aus als in Baden-Württemberg. Bei den rechtsextremistischen Straftaten liegt die Belastung dort 4,3-mal so hoch und bei den rechtsextremistischen Gewalttaten gar um das rund neunfache höher als in Baden-Württemberg.

Mit Blick auf die Situation in den beiden Landkreisen Vorpommern-Greifswald und Breisgau-Hochschwarzwald zeigt sich ein deutlicher Unterschied in Bezug auf die rechtsextremistische Szene vor Ort. So liegen die rechtsextremen Hochburgen Baden-Württembergs außerhalb des Landkreises. Dagegen findet sich im Lk VG eine sehr agile rechtsextremistische Szene, die immer

wieder mit Konzertveranstaltungen, Propagandadelikten, Hetze im Netz, aber auch mit ausländerfeindlichen und rassistischen Übergriffen auf Migrant:innen und Urlauber:innen sowie auf politische Gegner:innen in Erscheinung tritt.

Generell ist zu beobachten, dass Rechtsextreme seit Jahren – zum Teil erfolgreich – versuchen im ländlichen Raum Fuß zu fassen. Ländliche Räume werden verstärkt als Rückzugsorte [Link: <https://www.bpb.de/mediathek/podcasts/rechtsextreme-rueckzugsraeume/>] genutzt, da Rechtsextreme dort weniger Gegenwehr erfahren als in Städten, wo vielfach bereits gut etablierte und wirksame zivilgesellschaftliche Gegenstrukturen vorhanden sind. Ländliche Räume können als Kristallisationskerne für rechtsextreme Strukturen fungieren.[20] [21] Regionale Netzwerke und die offenen oder kaschierten Aktivitäten rechtsextremer Protagonist:innen, die – auch begünstigt durch einen Vertrauensverlust in etablierte demokratische Parteien, der mit deren Rückzug aus ländlichen Gemeinden verbunden ist – als "Helfende" vor Ort auftreten, führen zu einer verstärkten Präsenz der extremen Rechten im Alltag. Dies kann zu einer weiteren "Normalisierung" rechtsextremer Anschauungen und Verhaltensweisen in der übrigen Bevölkerung führen. Diese alltäglichen "Normalisierungsgewinne" können wiederum eine Art "Immunisierung" zur Folge haben, die es zusätzlich erschwert, dem Problem wirksam zu begegnen.

[Link:]

Ländliche Sicherheitsinfrastrukturen überdenken und anpassen

Die Annahme einer "ländlichen Idylle" mit geringen Sicherheits- und Kriminalitätsgefährdungen im Vergleich zu hoch kriminalitätsbelasteten "gefährlichen" Städten muss relativiert werden. Zwar liegt die tatortbezogene registrierte Kriminalitätsbelastung in den Städten (vor allem aufgrund der dort vielfältigeren Tatgelegenheiten) deutlich höher als in ländlichen Regionen. Doch wird häufig übersehen, dass die täterbezogenen Kriminalitätsraten in den Städten über- und in ländlichen Räumen in der offiziellen Statistik unterschätzt werden. Dunkelfeldstudien unter Einbeziehung der nicht registrierten Kriminalität zeigen darüber hinaus, dass es teils (so etwa bei Körperverletzungsdelikten) sogar eine Höherbelastung des ländlichen Raums gibt.

Die Sicherheitsinfrastrukturen im ländlichen Raum sollten überdacht und den Erfordernissen angepasst werden. Gleichzeitig wäre dafür zu sorgen, Teilhabemöglichkeiten in der Daseinsvorsorge (öffentlicher Nahverkehr, Gesundheitsversorgung etc.) und bei kulturellen Angeboten (z.B. Theater, Konzerte etc.) zu schaffen oder zu erhalten. Die zu beobachtende Resignation und Perspektivlosigkeit gerade in peripheren ländlichen Räumen sind auch Ausdruck eines Vertrauensverlusts in das (demokratische) politische System und fördern die Ausbreitung rechtsextremer Bestrebungen – wodurch letztlich Sicherheitsbelange tangiert werden. Kriminalprävention wird auch dadurch zu einer gesellschaftspolitischen Aufgabe.

Großen Dank schulden wir Christoph Bayer (MdL a. D. Baden-Württemberg), dem Führungs- und Einsatzstab des Polizeipräsidiums Freiburg, dem Leitenden Polizeidirektor Gunnar Mächler der Polizeiinspektion Anklam (Mecklenburg-Vorpommern) und dem Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern für die Unterstützung dieses Beitrages durch Aufbereitung und Bereitstellung kleinräumlicher Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik sowie Beantwortung von Fragen.

Fußnoten

Nina Oelkers (2016): Sicherheitsmentalitäten im ländlichen Raum, in: Michael Herbs
 [1] t / Frieder Dünkel / Benjamin Stahl (Hrsg.): Daseinsvorsorge und Gemeinwesen im ländlichen Raum, Wiesbaden 2016, S. 179-195.

In der kriminologischen Forschung wurde die Kriminalität im ländlichen Raum lange Zeit weitestgehend ignoriert; erst in den letzten Jahrzehnten beginnt sich international langsam eine "rural criminology" zu etablieren (z.B. Hogg/Carrington 1998;
 [2] Carrington et al. 2014; Meško 2020), die allerdings weiterhin eher ein Nischendasein führt und insbesondere in Deutschland noch kaum Aufmerksamkeit erhalten hat.

- [3] Dirk Baier: Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung (KFN-Forschungsberichte Nr. 127), Hannover 2015. Online unter: [➤ https://kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB_127.pdf](https://kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB_127.pdf) (Stand: 01.10.2021)
- [4] Dietrich Oberwittler / Dominik Gerstner: Kriminalgeographie Baden-Württembergs (2003-2007). Sozioökonomische und räumliche Determinanten der registrierten Kriminalität, Freiburg 2011.
- [5] Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Teilhabe-Atlas Deutschland, Berlin 2019. Online unter: [➤ www.berlin-institut.org/studien-analysen/detail/teilhabeatlas-deutschland](http://www.berlin-institut.org/studien-analysen/detail/teilhabeatlas-deutschland) (Stand: 01.10.2021).
- [6] Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik 2019, Wiesbaden 2020. Online unter: [➤ www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2019/PKSJahrbuch/pksJahrbuch_node.html](http://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2019/PKSJahrbuch/pksJahrbuch_node.html) (Stand: 01.10.2021)
- [7] Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern: Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern 2019, Schwerin 2020, S. 7 ff.
- [8] Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Tourismus Baden-Württembergs im Kalenderjahr 2019, Stuttgart 2020; S. 6 ff.
- [9] James Q. Wilson / George L. Kelling: Broken Windows, The Atlantic Monthly, März 1982. Diese Theorie erläutert den Einfluss von städtebaulichem Verfall sowie anderen Anzeichen mangelnder Sozialkontrolle auf Kriminalität.
- [10] Dietrich Oberwittler / Dominik Gerstner: Kriminalgeographie Baden-Württembergs (2003-2007). Sozioökonomische und räumliche Determinanten der registrierten Kriminalität, Freiburg 2011.
- [11] Bundeskriminalamt: Polizeiliche Kriminalstatistik 2019, Wiesbaden 2020. Online unter: [➤ www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2019/PKSJahrbuch/pksJahrbuch_node.html](http://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2019/PKSJahrbuch/pksJahrbuch_node.html) (Stand: 01.07.2021)
- [12] Stefan Harrendorf: Justizieller Umgang mit kriminellem Verhalten im internationalen Vergleich. Was kann "Comparative Criminal Justice" leisten? Rechtswissenschaft, 8, 2017, S. 113-152.
- [13] Mathias Bug / Martin Kroh / Kristina Meier: Regionale Kriminalitätsbelastung und Kriminalitätsfurcht. Befunde der WISIND-Studie. DIW Wochenbericht, 82, Berlin 2015, S. 259-269
- [14] Tilman Köllisch (2005): Vom Dunkelfeld ins Hellfeld. Anzeigeverhalten und Polizeikontakte bei Jugenddelinquenz, Freiburg 2004. Online: [➤ https://freidok.uni-freiburg.de/data/1686](https://freidok.uni-freiburg.de/data/1686).
- [15] Köllisch, S. 306.
- [16] Frieder Dünkel / Dirk Gebauer / Bernd Geng: Jugendgewalt und Möglichkeiten der Prävention. Gewalterfahrungen, Risikofaktoren und gesellschaftliche Orientierungen von Jugendlichen in der Hansestadt Greifswald und auf der Insel Usedom, Mönchengladbach 2008.
- [17] Dazu näher: Frieder Dünkel / Stefan Ewert/ Bernd Geng / Stefan Harrendorf: Peripherisierung ländlicher Räume. In: Daniela Klimke / Nina Oelkers / Martin K. W. Schweer (Hrsg.): Sicherheitsmentalitäten im ländlichen Raum, Wiesbaden 2019, S. 107-140.
- [18] Hier und im Folgenden: Verfassungsschutzberichte für Mecklenburg-Vorpommern der jeweiligen Jahre. Online unter: [➤ www.verfassungsschutz-mv.de/publikationen/](http://www.verfassungsschutz-mv.de/publikationen/) (Stand: 01.10.2021)
- [19] Vgl. Verfassungsschutzberichte für BW der jeweiligen Jahre. Online unter: [➤ www.verfassungsschutz-bw.de/Lde/Startseite/Service/Publikationen](http://www.verfassungsschutz-bw.de/Lde/Startseite/Service/Publikationen) (Stand: 01.10.2021)
- [20] Andrea Röpke: Gefährlich verankert. Rechtsextreme Graswurzelarbeit, Strategien und neue Netzwerke in Mecklenburg-Vorpommern, hrsg. Von: SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2015.

Vgl. dazu auch die am 1.3.2021 erstmals ausgestrahlte NDR-Dokumentation über die Ansiedlung von Neonazis in norddeutschen Dörfern, wie etwa im mecklenburgischen Groß Krams: "Mein Nachbar ist Nazi - Was tun?", online unter: <https://www.ardmediathek.de/ndr/video/45-min/mein-nachbar-ist-nazi-was-tun/ndr-fernsehen/Y3JpZDovL25kci5kZS9hZjg5ZjNINy01NzgxLTQ5ZDctOWE0Yy1hMDM3MmQ4NzgwMDc/>. (Stand: 01.10.2021)



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz "[CC BY-NC-ND 4.0 - Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de)" [Link: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>] veröffentlicht. Autoren/-innen: Stefan Harrendorf, Frieder Dünkel, Bernd Geng für bpb.de

[Link:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>]